

Fraktion **direkt**

67 | 9. November 2012

Zur Lage

Opposition mit sich selbst beschäftigt

Koalition trifft wichtige Entscheidungen

Die Reaktionen waren zu erwarten. Wie auf Knopfdruck wurden die Beschlüsse des Koalitionsausschusses von vielen Seiten kritisiert. Dennoch waren die Ergebnisse unter dem Strich gut. Sie passen in die Zeit. Die Koalition regiert. SPD und Grüne polemisieren. Sie sind im Kern aber nur mit ihren eigenen Problemen beschäftigt.

Mit der Senkung der Rentenbeiträge und der Abschaffung der Praxisgebühr werden wir die Bürger und Unternehmen noch einmal spürbar entlasten. Deutschland wird auch im nächsten Jahr wirtschaftlich einen der Spitzenplätze in Europa einnehmen. Doch die Wachstumsaussichten haben sich leicht eingetrübt.

„Beschlüsse passen in die Zeit“

Daher war es wichtig, die Wachstumskräfte in unserem Land zu unterstützen. Die Senkung der Rentenbeiträge und die Abschaffung der Praxisgebühr machen für Bürger und Unternehmen eine Entlastung um gut acht Milliarden Euro aus. Sicherlich hätte dieses Resultat für den Gesundheitsbereich auch durch eine Senkung der Krankenkassenbeiträge erreicht werden können. Die Streichung der Praxisgebühr lässt sich aber vertreten. Warum SPD und Grüne nun dagegen protestieren, nachdem sie doch zunächst auch für die Abschaffung der Praxisgebühr waren, ist ihr Geheimnis.

Politik soll gesellschaftliche Wirkung entfalten. Daher war es richtig, dass wir nun endgültig das Betreuungsgeld beschlossen haben. Die Diffamierung dieses Instruments von Seiten der SPD ist wiederum völlig unverständlich, zumal sie der Einführung des Betreuungsgelds zugestimmt hat, als sie noch mit uns in der großen Koalition war. Notwendig war darüber hinaus, dass wir eine erste Weichenstellung zur Vermeidung von Altersarmut vorgenommen haben.



Foto: Martin Lergemann

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Zeitenwende in der Haushaltspolitik

Der wichtigste Beschluss des Koalitionsausschusses gilt aber der Haushaltspolitik. Auf diesem Gebiet hat die Koalition ein neues Zeitalter eingeläutet. Der Bund wird 2013 – drei Jahre vor der Frist – die Schuldenbremse einhalten. Und die Koalition will nur ein Jahr später einen strukturell ausgeglichenen Haushalt erreichen. Damit ändert sich die Politik grundlegend. Die Zeiten, in denen über Schulden immer neue, mehr oder weniger sinnvolle Projekte finanziert werden konnten, sind vorbei. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir vielleicht auch mit der einen oder anderen Ungleichbehandlung leben müssen, weil für die ganz großen ‚Würfe‘ das Geld fehlen wird. Der Staat wird aber in den nächsten Jahren Schritt für Schritt seine Handlungsfähigkeit zurückgewinnen, weil sich einfach die Zinszahlungen reduzieren werden.

Volker Kauder

Inhalt

Opposition mit sich selbst beschäftigt	1
Fit für die Zukunft	2
Mehr Wertschätzung für das Ehrenamt	3
Koalition stellt Weichen für 2013	4
Mehr Gestaltungsfreiheit für Kommunen	5
Energie- und Kraftstoffpreise unter der Lupe	5
„Politik für Menschen mit Behinderung ist eine Querschnittsaufgabe“	6
Der Kampf gegen Rechts – eine langwierige Aufgabe	7
Bundeswehr in Darfur und Südsudan	7
Parlamentswahl in der Ukraine offenbar eine Farce	8
Hilfe für Mali im Interesse Europas	8
Kauder gratuliert Tawadros II.	9
Letzte Seite	10

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Fit für die Zukunft

Wirtschaft und Arbeitsmarkt in guter Verfassung

Derzeit erreichen uns viele erfreuliche Zahlen. Im Jahr 2011 sank die Zahl der Empfänger staatlicher Sozialleistungen auf den niedrigsten Stand seit 2006. Immer weniger Menschen sind auf Hartz IV oder auf Grundsicherung im Alter angewiesen. Aufgrund der guten Konjunktur erhalten die deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer deutlich höhere Gehälter. Um durchschnittlich 3,2 Prozent stiegen die tariflichen Monatsverdienste von Juli 2011 bis Juli 2012. Gleichzeitig sank auch die Einkommensungleichheit signifikant – seit 2005 in Ostdeutschland um neun Prozent, im Westen um vier. Auch in der Euro-Schuldenkrise ist der Arbeitsmarkt stabil. Im Oktober lag die Arbeitslosenquote auf weiterhin niedrigem Niveau von 6,5 Prozent. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist weiterhin auf Rekordniveau. Wir haben europaweit die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit.

Im Vergleich zu anderen Staaten in der Europäischen Union und auch im internationalen Vergleich sind dies sehr gute Ergebnisse, die die strukturelle Stärke unseres Arbeitsmarktes und der deutschen Wirtschaft insgesamt belegen. Dies verdanken wir vor allem einer klugen und langfristig angelegten Sozial-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik der unionsgeführten Regierungen seit 2005.

Durch weniger Schulden handlungsfähig

Darauf dürfen und werden wir uns aber nicht ausruhen. Bei allen positiven Nachrichten: Die Finanzkrise hat die Weltmärkte geschwächt. Viele Staaten, auch außerhalb der EU, leiden weiterhin unter Konjunkturerbrüchen, wachsender Arbeitslosigkeit und hoher Verschuldung. Das kann unsere exportorientierte Wirtschaft in Deutschland treffen.



Foto Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die konjunkturellen Erwartungen für 2013 gehen zurück. Die „Wirtschaftsweisen“ fordern daher weitere Reformen, vor allem der Europäischen Union. Und sie fordern den konsequenten Abbau von Schulden. Beides haben wir in der christlich-liberalen Koalition fest im Blick. Bereits im kommenden Jahr – und damit drei Jahre früher als geplant – werden wir die Schuldenbremse des Grundgesetzes einhalten. Wir gehen sogar noch weiter: Bereits 2014 streben wir einen strukturell ausgeglichenen Haushalt an. So hat es der Koalitionsausschuss am vergangenen Sonntag beschlossen.

Wir werden in unseren Sparanstrengungen nicht nachlassen. Dies kann im Zweifel auch schmerzhaft Einschnitte bedeuten. Aber wir wissen: Nur wenn wir konsequent unsere Schulden abbauen, erlangen wir die notwendige Handlungsfähigkeit zurück, um unsere Gesellschaft zu gestalten. Das gilt für uns genauso wie für unsere Partner in Europa.

Mehr Wertschätzung für das Ehrenamt

Bundestag berät über Entbürokratisierung – Freibeträge steigen

Die christlich-liberale Koalition will die Arbeit von ehrenamtlich tätigen Menschen besser würdigen. Der Bundestag beriet am Donnerstag in erster Lesung einen Gesetzentwurf zur Entbürokratisierung des Ehrenamtes. Tä-

Grindel. Deshalb erhöhe die Koalition deren steuerliche Freibeträge. Die Trainer, Ausbilder und Betreuer erfüllen eine wichtige Funktion in Vereinen; ihr Engagement sei eine Investition in unsere Gesellschaft. Der Vor-

keit auf den ersten Blick nachvollziehen können.

„Der Ehrenamtliche ist nicht der Dumme, sondern der Schlaue“, lobte Grindel die Menschen, die sich aus freien Stücken gesellschaftlich engagieren. Das Gesetz entstand auf Anregung einer Arbeitsgruppe aus Finanz-, Sport- und Rechtspolitikern der Koalitionsfraktionen unter Leitung von Reinhard Grindel. Das Bundeskabinett hatte den Gesetzentwurf bereits im Oktober beschlossen. Er umfasst Maßnahmen aus unterschiedlichen Bereichen, Schwerpunkte liegen im Steuer- und Zivilrecht.



© maho - Fotolia.com

tigkeiten als Trainer, Ausbilder oder Betreuer sollen stärker steuerlich begünstigt werden: Die steuerfreie Übungsleiterpauschale wird von derzeit 2.100 auf 2.400 Euro angehoben, die Ehrenamtspauschale von 500 auf 720 Euro. Haftungsrisiken für Ehrenamtliche sollen auf grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz begrenzt werden.

Übungsleiter haben eine wichtige Funktion in der Gesellschaft

Der CDU-Abgeordnete Reinhard Grindel appellierte in der Debatte an die Opposition und die Bundesländer, am Gesetzentwurf mitzuarbeiten. „Für uns ist das keine parteipolitische Auseinandersetzung“, betonte er. Grindel fügte hinzu, er hoffe auf die Zustimmung des Bundesrates, wenn alle Fraktionen im Bundestag gemeinsam für das Ehrenamt einträten. Anregungen sollen in der Ausschussberatung aufgenommen werden.

„Übungsleiter müssen nicht noch Geld mitbringen, um ihren Dienst an der Gesellschaft zu leisten“, sagte

sitzende des Parlamentskreises Mittelstand, Christian von Stetten, hob hervor, dass Übungsleiter mehr seien als „gut ausgebildete Vorturner“. Sie kümmerten sich auch um persönliche Probleme der ihnen anvertrauten Jugendlichen und vermittelten ihnen Werte wie Pünktlichkeit, Fairness und Kameradschaft.

Der CSU-Innenpolitiker Stephan Mayer sagte, er sehe in dem Gesetzesvorhaben eine deutliche Wertschätzung des Ehrenamtes. Dies sei für ihn fast noch wichtiger als die finanzielle Besserstellung. Die Freibeträge für Übungsleiter sollen bereits zum Beginn des kommenden Jahres steigen, auch wenn das Gesetz sich voraussichtlich nicht mehr 2012 im Gesetzblatt wiederfinden wird.

Nachvollziehbare Rahmenbedingungen für Vereine

Ziel des Gesetzentwurfes ist es auch, gesetzliche Regelungen verständlicher zu machen. Denn Vereine sollen die Rahmenbedingungen ihrer Tätig-

Ehrenamt

Ein Ehrenamt übernimmt, wer sich freiwillig engagiert und dafür nicht entlohnt wird. Das Betätigungsfeld ist weit: Zu den ehrenamtlich Tätigen gehören etwa Schöffen und Schiedsleute, Helfer bei der Feuerwehr und beim Katastrophenschutz, Mitarbeiter in Pfarrgemeinden und Sozialverbänden, in berufsständischen Körperschaften und gemeinnützigen Vereinen, Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowie Helfer bei Wahlen und Volkszählungen. Viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens würden ohne Ehrenamtliche verwaissen. Auf Freiwillige angewiesen sind Jugendorganisationen und Telefonseelsorge, Natur-, Umwelt- und Tierschutzvereine, Caritas oder Diakonie, Einrichtungen der Altenpflege- und Behindertenhilfe sowie Sport- und Kulturvereine. Seit Mitte 2011 ist als Ersatz für den Zivildienst der Bundesfreiwilligendienst hinzugekommen, der Menschen aller Altersstufen dazu einlädt, sich für das Gemeinwohl zu engagieren. Geschätzt wird, dass in Europa über 100 Millionen Menschen sich ehrenamtlich engagieren. Daher hat die EU das Jahr 2011 zum Europäischen Jahr des Ehrenamtes ausgerufen. Wieviele Menschen in Deutschland ein Ehrenamt ausüben oder ausgeübt haben, darüber gibt es unterschiedliche Schätzungen – schon allein deshalb, weil es schwierig ist zu definieren, was alles zur ehrenamtlichen Tätigkeit zählt. Studien schwanken zwischen 17 und 24 Millionen Menschen.

Koalition stellt Weichen für 2013

Wegweisende Entscheidungen zu Betreuungsgeld, Verkehrsinfrastruktur, Rente und Praxisgebühr

Mit wichtigen Entscheidungen hat die christlich-liberale Koalition die Weichen für das letzte Jahr vor der Bundestagswahl 2013 gestellt. Der Koalitionsausschuss beschloss am vergangenen Sonntag, das Betreuungsgeld für Kleinkinder, die keine Krippe besuchen, ab dem 1. August 2013 einzuführen. Die Praxisgebühr wird ab 1. Januar 2013 abgeschafft, und 750 Millionen Euro werden zusätzlich für Straßen, Bahn und Wasserwege bereitgestellt. Zur Bekämpfung der Altersarmut entschied die Koalition, sehr kleine Renten von Menschen, die ein Leben lang gearbeitet und privat vorgesorgt haben, aus Steuermitteln aufzustocken. Die für die Zukunft wichtigste Entscheidung betrifft aber den Haushalt.

Haushalt 2014 ohne strukturelle Neuverschuldung

Die Vorgaben der Schuldenbremse sollen laut Koalitionsbeschluss bereits im Haushalt 2013 eingehalten werden – und damit drei Jahre früher als im Grundgesetz vorgeschrieben. Das bedeutet konkret, dass die Neuverschuldung im nächsten Jahr auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) beschränkt werden muss.

Schon 2014 will die Koalition einen Bundeshaushalt aufstellen, der ohne strukturelle Neuverschuldung auskommt. Bei der sogenannten roten



Foto: Axel Schmitt/dapd

Koalitionsausschuss tagte im Kanzleramt

Null sind nur Konjunkturschwankungen und Einmalzahlungen – wie die verbliebenen Tranchen an den europäischen Rettungsschirm ESM – aus der Rechnung ausgeklammert.

Mit der Abschaffung der Praxisgebühr von zehn Euro pro Quartal werden die Bürger um zwei Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Für Ärzte und Krankenkassen reduziert sich damit die Bürokratie. Die Mindereinnahmen der Krankenkassen werden laut Beschluss aus dem Gesundheitsfonds vollständig ausgeglichen. Die 750 Millionen Euro, mit denen der Verkehrsetat aufgestockt wird, sollen vorrangig in Neubauprojekte fließen.

Das Betreuungsgeld bekommen Eltern, die für ihre ein- und zweijährigen Kinder keinen öffentlich geförderten Krippenplatz oder Tagespflege in Anspruch nehmen. Sie haben die Wahl zwischen einer Barleistung oder einem Zuschuss, der sowohl für die private Altersvorsorge als auch für die Finanzierung der Bildung ihrer Kinder verwendet werden kann.

Menschen, die mindestens 40 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben und zusätzlich privat vorgesorgt haben, sollen ein Alterseinkommen oberhalb der Grundsicherung erhalten.

Diese „Leistungsrente“ wird aus Steuermitteln finanziert. Außerdem soll sichergestellt sein, dass sich private Vorsorge lohnt.

Die Kosten, die durch die Beschlüsse anfallen, sind gedeckt. Spielräume ergeben sich dadurch, dass das Betreuungsgeld acht Monate später als geplant eingeführt wird, dass der Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds gekürzt wird und dass künftig Gewinne der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) an den Bund fließen können. Die KfW hatte zuletzt Rekordgewinne erwirtschaftet.

Betreuungsgeld

Familien sollen die freie Wahl haben, ob sie ihre Kinder im Alter von ein oder zwei Jahren zu Hause oder in einer öffentlich geförderten Krippe betreuen lassen wollen. Der Bund fördert zum einen den Ausbau von Tagespflegestellen oder Krippenplätzen, auf die Kleinkinder ab dem 1. August 2013 einen Rechtsanspruch haben. Zum anderen unterstützt er Eltern, die ihre Ein- und Zweijährigen selbst betreuen. Ab dem 1. August 2013 erhalten letztere monatlich 100 Euro, ab dem 1. August 2014 dann 150 Euro. Es wird nicht vorausgesetzt, dass ein Elternteil auf seine Berufstätigkeit verzichtet. Mit dem Geld können die Eltern auch eine private Betreuung organisieren. Familien, die die Leistung nicht bar ausgezahlt bekommen wollen, können das Geld zur privaten Altersvorsorge oder für einen Bildungssparplan zugunsten ihrer Kinder nutzen. In beiden Fällen gibt es einen Bonus von 15 Euro pro Monat.

Nach der Einigung im Koalitionsausschuss am vergangenen Sonntag verabschiedete der Bundestag das Betreuungsgeld am Freitag in 2./3. Lesung. Mit Elterngeld und Betreuungsgeld wird eine kontinuierliche Förderung der Kinder in den ersten drei Lebensjahren ermöglicht. Das Elterngeld kann in den ersten 14 Lebensmonaten des Kindes bezogen werden. Im Anschluss daran können Eltern für bis zu 22 Monate das Betreuungsgeld beantragen.

Mehr Gestaltungsfreiheit für Kommunen

Bund übernimmt die Kosten der Grundsicherung im Alter

Der Bund entlastet Städte und Gemeinden in Milliardenhöhe. Der Bundestag beschloss am Donnerstag, dass der Bund die Nettoausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bis 2014 in mehreren Schritten übernimmt. Damit hält die christlich-liberale Koalition ihr Versprechen, die Finanzkraft der Kommunen zu stärken und ihnen mehr Gestaltungsfreiheit zu geben. Die Union unterstreicht erneut ihre besondere Rolle als *die* Kommunalpartei.

Allein für den Zeitraum von 2013 bis 2016 entlastet der Bund die Kommunen mit der Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung um voraussichtlich 20 Milliarden Euro.

Doch die Entlastung für die Kommunen wirkt nicht nur kurz- und mittelfristig, sondern vor allem langfristig. Denn wegen der zunehmenden Alterung der Gesellschaft werden die Ausgaben in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung langfristig ansteigen.



© kara - Fotolia.com

Subsidiarität verwirklichen

Mit einem Änderungsantrag haben die Koalitionsfraktionen die Berechnung der Erstattungszahlungen verändert. Künftig werden die Nettoausgaben des jeweiligen Kalenderjahres quartalsweise erstattet. Bisher bezog sich die Erstattung der Nettoausgaben auf das Vorvorjahr. Allein dies entlastet die Länder schon im kommenden Jahr um eine halbe Milliarde Euro.

Mit dem Gesetz verwirklicht die Union ihren Ansatz der Subsidiarität: Aus der alten Sozialhilfe, für die die Kommunen allein zuständig waren, wurde die Grundsicherung im Alter entwickelt. Die Leistung wurde ausgeweitet. Der Bund setzt die Kommunen nun in die Lage, ihrer vom Bund auferlegten Verantwortung nachzukommen. Die Durchführung bleibt bei den Kommunen. Dies stärkt die kommunale Selbstverwaltung.

Energie- und Kraftstoffpreise unter der Lupe

Bundestag beschließt Einrichtung einer Markttransparenzstelle

Die christlich-liberale Koalition nimmt die Energie- und Kraftstoffpreise unter die Lupe. Der Bundestag beschloss am Donnerstag die Einrichtung einer Markttransparenzstelle. Diese erhält zum einen die Befugnis, die aktuellen Verkaufspreise für Benzin und Diesel zu erheben und auszuwerten. Zum anderen soll sie die Preisbildung auf den Großmärkten für Strom und Gas beobachten. Ziel ist es, über die Markttransparenzstelle den Wettbewerb und die Verbraucherinteressen zu stärken.

Online-Informationendienste über Kraftstoffpreise sollen auf die von der Markttransparenzstelle gesammelten Daten zurückgreifen und den Konsumenten einen aktuellen Überblick geben können – z.B. über Apps für Smartphones. Autofahrer können dann gezielt die billigste Tankstelle in ihrer Umgebung anfahren.

Für den Erfolg der Energiewende

Eine sichere und preiswerte Strom- und Gasversorgung ist Grundvoraus-

setzung für den Erfolg der Energiewende. Die Markttransparenzstelle erhält die notwendigen Instrumente, um Daten zu erheben, Verstöße gegen den Wettbewerb zu ermitteln und entsprechend zu ahnden. Sanktioniert werden Verstöße gegen die Verbote des Insiderhandels und der Marktmanipulation sowie gegen die Verpflichtung zur sofortigen Veröffentlichung und gegen die Meldepflichten.

„Politik für Menschen mit Behinderung ist eine Querschnittsaufgabe“

Maria Michalk über Fortschritte und Defizite bei der „Inklusion“



Foto: Laurence Chaperon

Maria Michalk
Behindertenbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Bundestag hat am Freitag über die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention debattiert. Sie hat zum Ziel, Menschen mit Behinderung die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. „Fraktion direkt“ sprach darüber mit der Behindertenbeauftragten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Michalk.

Frau Michalk, es wird viel über „Inklusion“ – die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben – gesprochen. Welche konkreten Fortschritte hat es in letzter Zeit gegeben?

Michalk: Zunächst will ich darauf hinweisen, dass die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben nicht das alleinige Thema einer Beauftragten ist, sondern alle Politikfelder berührt. Wir haben uns als Fraktion in fast allen Arbeitsgruppen mit dem Thema befasst: Inklusion berührt die Pflege, das Vergaberecht und die Arbeitsvermittlung, um nur einige zu nennen. Barrierefreiheit gilt es umzusetzen im Bereich Nahverkehr und Tourismus, bei Kommunikation und Kultur. Sogar Entwicklungsländer profitieren von unseren Erfahrungen.

Sie sehen, wir haben das Thema Inklusion in unserer Fraktion als Querschnittsthema angenommen. Wir lassen uns davon leiten, dass Menschen mit Behinderung unsere Anerkennung als vollwertige Menschen brauchen. Unsere Hilfe brauchen sie nur dort, wo es anders nicht geht.

In welchen Bereichen liegen die größten Defizite?

Michalk: Trotz der engagierten Arbeit von vielen Mitarbeitern in Arbeitsagenturen, Sozialämtern oder Rentenversicherungen erkenne ich die größten Defizite in der praktischen Umsetzung vor Ort. Unsere Gesetze sind differenziert und auf die individuellen Bedürfnisse abgestellt. Leider werden die Chancen, die sie bieten, nicht immer genutzt. Das beste Beispiel ist die Einführung des „persönlichen Budgets“. Das heißt, die Betroffenen können über eigenes Geld verfügen und damit z.B. ihre Hilfsmittel selbst einkaufen. Die meisten Anträge dazu scheitern an den Kostenträgern, die sich untereinander nicht einigen können und viel Bürokratie aufbauen. Das führt oft dazu, dass Antragsteller resignieren.

„Barrierefreiheit wichtigste Forderung“

In der vergangenen Woche hat im Bundestag eine Veranstaltung mit Menschen mit Behinderung stattgefunden. Welche konkreten Anliegen wurden an Sie herangetragen?

Michalk: Ganz oben steht die Forderung nach umfassender Barrierefreiheit. In den zwölf Arbeitsgruppen wurden viele Wünsche geäußert, etwa Gebärdendolmetscher für Volkshochschulkurse, mehr als nur ein Mobilitätstraining für blinde Studierende, die den Studienort wechseln wollen, ein Wahlrecht auch für Menschen, die in allen Angelegenheiten betreut werden, oder einheitliche Bauverordnungen bundesweit. Die Ergebnisse werden noch zusammengefasst und veröffentlicht.

Sie hatten in dieser Woche ein Gespräch mit ihren Unionskollegen auf Länderebene. Wie können Bund und Länder bei der Unterstützung Behinderter besser zusammenarbeiten?

Michalk: In der Tat hatten wir diese Woche das vierte Treffen mit den behindertenpolitischen Sprechern aus den Unionsfraktionen der Länder. Alle haben noch einmal betont, wie wichtig der Austausch und die Zusammenarbeit für die eigene Arbeit vor Ort sind. Diesmal haben wir uns mit Werkstätten für behinderte Menschen sowie mit ambulanten Wohnformen als Alternativen zu großen Wohnheimen beschäftigt.

Der Bundestag hat jetzt eine Website in leichter Sprache, die sich speziell an Behinderte wendet. Müssen nicht gerade der Bundestag und die Fraktionen öfter mit gutem Beispiel vorangehen, wenn es um Inklusion geht?

Michalk: Ja, und es tut sich vieles. Schauen Sie sich zum Beispiel die aktuelle Ausstellung im Paul-Löbe-Haus an. Dort kann man erahnen, was sich alles für Menschen mit Behinderung bewegt. Aber wir können uns alle immer noch weiter verbessern – zum Beispiel Flyer und Broschüren in leichter Sprache oder CDs für blinde Menschen anbieten, auf denen wir unsere Politik erklären.

Der Kampf gegen Rechts – eine langwierige Aufgabe

Bund und Länder ziehen Konsequenzen aus NSU-Mordserie

Vor etwas mehr als einem Jahr wurden die Zusammenhänge um die Morde der Terrorgruppe NSU an neun Kleinunternehmern ausländischer Herkunft und einer Polizistin offenbar. Dies hat nach Auffassung der CDU/CSU-Fraktion deutlich gemacht, dass eine bis dahin nicht für möglich gehaltene Form des Rechtsterrorismus in unserem Land existiert.

Die Aufklärung dieser menschenverachtenden Taten dauert immer noch an. Neben der strafrechtlichen Aufarbeitung leisten der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages und die Untersuchungsausschüsse mehrerer Landtage einen wichtigen Beitrag zur Beantwortung der Frage, warum die Täter so lange unentdeckt bleiben konnten. Darüber hinaus wurde eine Bund-Länder-

Kommission eingesetzt, die strukturelle Mängel in unserer Sicherheitsarchitektur aufzeigen und Vorschläge zu ihrer Behebung machen soll. Auch eine Regierungskommission nimmt sich dieses Themas an. All dies zeigt: Wir nehmen diese Taten und mögliche Versäumnisse der Sicherheitsbehörden sehr ernst.

Bereits jetzt sind Mängel in der Arbeit der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden und ihrer Zusammenarbeit ans Tageslicht gekommen. Diese werden in den verschiedenen Untersuchungsausschüssen und der Bund-Länder-Kommission detailliert aufbereitet, damit die erforderlichen Schlussfolgerungen gezogen werden können.

Wo dies möglich war, hat die Union bereits rasch und entschlossen ge-

handelt. So wurde im September diesen Jahres die Gemeinsame Datei Rechtsextremismus in Betrieb genommen, nachdem bereits im Dezember vergangenen Jahres das Gemeinsame Terrorabwehrzentrum Rechts seine Arbeit aufgenommen hatte. Beide Maßnahmen verbessern die Zusammenarbeit der Behörden bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus deutlich. Weitere Vorschläge, etwa ein Verzeichnis aller V-Leute in Bund und Ländern, liegen auf dem Tisch. Wir sollten sie sorgsam prüfen und wo erforderlich ohne Rücksicht auf Egoismen einzelner Länder oder Behörden umsetzen.

Sicherheitsarchitektur stärken

Wir sollten uns aber ebenso davor hüten, die Arbeit des Verfassungsschutzes und der Sicherheitsbehörden zu skandalisieren. Bei allen Fehlern der Vergangenheit: Am Ende muss der Verfassungsschutz gestärkt und die Sicherheitsarchitektur unseres Landes verbessert sein. Nur so können wir sicherstellen, dass sich solche Taten nicht wiederholen.

Der Vorwurf, unser Staat sei auf dem „rechten Auge“ blind, ist durch nichts belegt. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus wird auch mit einem möglichen Verbot der NPD nicht zu Ende sein. Dies ist vielmehr eine langwierige und schwierige Aufgabe, die alle in unserem Land angeht.



Foto: Michael Gottschalk/dapd

Kurz notiert

Bundeswehr in Darfur und Südsudan

Der Bundestag hat die Bundeswehreinsetzungen im Rahmen der UN-Missionen für Darfur und Südsudan bis zum 31. Dezember 2013 verlängert. Für jede Mission können bis zu 50 Bundeswehr-Soldaten eingesetzt werden.

In der Region Darfur im Westen des Sudans überwacht die UNAMID den Waffenstillstand zwischen Regie-

rungstruppen und Aufständischen. Durch Patrouillen leistet die UNAMID einen Beitrag zum Schutz der Bevölkerung. Eine dauerhafte Lösung des Darfur-Konflikts zeichnet sich nicht ab. Die Bundeswehr will weiterhin zehn Soldaten im Hauptquartier der Mission einsetzen.

Die UNMISS überwacht die prekäre Sicherheitslage im Südsudan. In dem seit 16 Monaten unabhängigen Land muss der Sicherheitssektor komplett neu aufgebaut werden. Derzeit sind 16 Bundeswehrsoldaten daran beteiligt. Die Sicherheitslage im Südsudan ist fragil. Das Land leidet unter einer tiefen Wirtschaftskrise.

Parlamentswahl in der Ukraine offenbar eine Farce Rückschritt in der Demokratisierung – Timoschenko freilassen

Die Menschen in der Ukraine gehen aus Protest gegen vermutete Wahlfälschung und schleppende Stimmauszählung nach der Parlamentswahl vom 28. Oktober auf die Straße. Die Opposition um Vitali Klitschko und seine Partei „Udar“ (Schlag) sowie die Vaterlandspartei der offenbar aus politischen Gründen inhaftierten Oppositionsführerin Julia Timoschenko weisen auf manipulierte Wahlergebnisse hin. Wahlbeobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hatten die Wahl als unfair und intransparent kritisiert. Auch die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton und das Europaparlament zeigen sich besorgt.

Die ehemalige Ministerpräsidentin Julia Timoschenko befindet sich derzeit im Hungerstreik. Eine andere wirkungsvolle Form des Protests steht ihr als politischer Gefangener nicht zur Verfügung. Sie nimmt damit in Kauf,

dass sich ihre Gesundheit weiter verschlechtert. Das Vorgehen der Justiz gegen sie und andere Oppositionspolitiker des Landes ist nach Auffassung der CDU/CSU-Fraktion mit europäischen Werten nicht vereinbar. Die Regierung von Präsident Viktor Janukowitsch bleibt dringend aufgefordert, alle politischen Gefangenen freizulassen.

Endgültiges Wahlergebnis offen

Inzwischen wurden in fünf Wahlkreisen des Landes die Ergebnisse für ungültig erklärt. Die Abstimmungen werden wiederholt. Die Opposition zweifelt die Ergebnisse in insgesamt 13 Wahlkreisen an. Endgültige Wahlergebnisse stehen noch immer aus.

Auch wenn Präsident Janukowitsch alle Kritik zurückweist, so tragen er und seine Regierung die Verantwortung für eine Wahl, die allem Anschein nach zur Farce wurde. Diese

Parlamentswahl setzt die Reihe der Rückschritte in der demokratischen Entwicklung der Ukraine fort. So wurde seit dem Amtsantritt Janukowitschs die sich langsam entwickelnde Unabhängigkeit des Justizsystems systematisch zurückgedreht. Die Pressefreiheit wird ebenfalls zunehmend eingeschränkt.

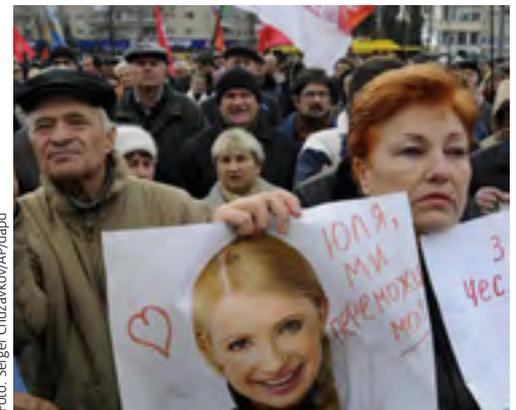


Foto: Sergei Chuzavkov/AP/Flapd
Demonstration gegen Wahlbetrug in Kiew

Hilfe für Mali im Interesse Europas Nordhälfte des Landes darf kein rechtsfreier Raum werden

Mali befindet sich seit einem Militärputsch in diesem Jahr in einer tiefen Krise. Extremistische Islamisten haben den Norden des Sahellandes militärisch eingenommen und begehen dort schlimmste Menschenrechtsverletzungen. Dieses abgeschottete Gebiet, das zwei Mal so groß ist wie Deutschland, entwickelt sich zu einem rechtsfreien Raum und damit einem idealen Rückzugsgebiet für islamistische Terrorgruppen. Von dort aus könnten sie Angriffe auf Europa und andere Regionen vorbereiten.

Es ist im europäischen Interesse, dass sich derartige sicherheitspolitische Risiken im Norden Malis nicht verfestigen. Die Europäische Union

unterstützt daher die Bemühungen der Übergangsregierung Malis wie auch der westafrikanischen Regionalorganisation ECOWAS, die Region zu stabilisieren.

Ziel der EU-Hilfe muss nach Auffassung der CDU/CSU-Fraktion sein, dass die malische Regierung die Kontrolle über die Nordhälfte des Landes zurückgewinnen kann. Die EU könnte etwa im Rahmen einer zivilen Mission malische Streitkräfte ausbilden und sie befähigen, die territoriale Integrität ihres Landes wiederherzustellen. Keinesfalls geht es jedoch um einen Einsatz zur Rückeroberung des Nordens durch nicht-afrikanische Truppen.

Verständigung mit Tuareg nötig

Die EU arbeitet bis Mitte November Optionen aus, wie die Hilfe für Mali aussehen könnte. Parallel muss dazu auf politischer Ebene Zweierlei geschehen: Zum einen muss nach dem Militärputsch eine Demokratisierung und Normalisierung der Lage herbeigeführt werden. Zum anderen muss sich die Übergangsregierung von Mali mit den ebenfalls im Norden ansässigen und kurzzeitig mit den islamistischen Extremisten verbündeten Tuareg verständigen. Die Bundesregierung arbeitet hier mit ihren europäischen und afrikanischen Partnern eng zusammen.

Kauder gratuliert Tawadros II.

Neuer koptischer Papst in Ägypten



Foto: Roger Anis, El Shorouk Newspaper/AP/dapd

Papst Tawadros II. tritt sein Amt am 18. November an

Bischof Tawadros ist am vergangenen Sonntag zum neuen Papst der koptisch-orthodoxen Christen in Ägypten bestimmt worden. Knapp acht Monate nach dem Tod von Papst Shenouda III. wurde der 60-Jährige bei einem Gottesdienst in Kairo per Los zum 118. Oberhaupt der koptisch-orthodoxen Kirche bestimmt. Tawadros II. übernimmt das Amt in einer für Christen schwierigen Zeit. Denn seit dem arabischen Frühling und der Machtübernahme der Muslimbruderschaft hat die Gewalt gegenüber den rund acht Millionen Kopten in Ägypten deutlich zugenommen. Die Kopten machen zehn Prozent der Bevölkerung Ägyptens aus.

Am Sonntag hatten sich tausende Kopten unter massiven Sicherheitsvorkehrungen in der Markus-Kathedrale und um das Gotteshaus herum versammelt, um der Messe beizuwohnen. Ausgewählt wurde nach dem Brauch zunächst ein Kind, das in einem Losverfahren den neuen Papst bestimmen sollte. Der Junge zog den Namen Tawadros aus der Urne, die mit Wachs versiegelt und mit Bändern zugebunden war. Tawadros soll am 18. November sein neues Amt antreten.

„Fraktion steht eng an der Seite der koptischen Kirche“

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, gratulierte am Montag dem neuen Papst. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Eure Heiligkeit,
zu Ihrer Wahl zum neuen Oberhaupt der koptisch-orthodoxen Kirche und zum 118. Nachfolger des heiligen Markus gratuliere ich Ihnen sowohl persönlich als auch im Namen der gesamten CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag sehr herzlich. Für Ihre verantwortungsvolle Aufgabe wünsche ich Ihnen von Herzen alles Gute und Gottes Segen.

Die koptische Kirche steht in Ägypten vor großen Herausforderungen. Sowohl bei den politischen als auch gesellschaftlichen Umwälzungen, die Ägypten seit dem vergangenen Jahr durchlebt, wird es maßgeblich auch

auf Ihre geistliche Führung ankommen, um den eingeschlagenen Weg der Versöhnung und des Dialogs erfolgreich fortzusetzen. Die Erwartungen, die in Sie hinsichtlich des Umgangs mit dem Islam, des Eintretens für Menschenrechte und vor allem der Garantie der Religionsfreiheit gesetzt werden, sind sehr groß. Ich möchte Ihnen versichern, dass meine Fraktion und ich gerade hinsichtlich des Einsatzes für Religionsfreiheit weiterhin eng an der Seite der koptischen Kirche stehen. Nur die volle Gewährleistung der Religionsfreiheit als eines der fundamentalsten Menschenrechte überhaupt kann ein friedliches Zusammenleben in Ägypten in Zukunft sichern.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht aufgrund des freundschaftlichen Kontakts zu dem Generalbischof der koptisch-orthodoxen Kirche in Deutschland, Bischof Anba Damian, und nicht zuletzt durch Besuche in Kairo in engem Kontakt zur koptischen Kirche. Deshalb würde ich mich sehr freuen, wenn ich Ihnen bei meinem nächsten Besuch in Ägypten auch persönlich begegnen dürfte.

Mit dem Ausdruck tiefer Verehrung
Volker Kauder“

Zeichen der Solidarität

Kauder war im Jahre 2011 zweimal nach Kairo gereist, um sich über die Situation der Kopten vor Ort zu informieren. Anlass der ersten Reise im Januar war ein Anschlag auf eine koptische Kirche in Alexandria am Neujahrstag 2011 gewesen, bei dem 23 Menschen getötet worden waren. Mit seinem Besuch wollte der Fraktionsvorsitzende ein Zeichen der Solidarität mit den Christen setzen. Bei der zweiten Reise im Mai informierte er sich über den Stand der Demokratisierung nach dem Sturz von Präsident Hosni Mubarak. Bei der Übergangsregierung warb er für die Verankerung der Religionsfreiheit in der neuen ägyptischen Verfassung.

Weniger Hilfeempfang

Niedrigster Wert seit 2006

Wiesbaden – Im Jahr 2011 ging in Deutschland der Anteil der Empfänger von Grundsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung erneut zurück. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, erhielten zum Jahresende 2011 rund 7,3 Millionen Menschen und damit 8,9 Prozent der Bevölkerung Transferleistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts. Das ist der niedrigste Wert seit der erstmaligen Berechnung im Jahr 2006.

Die Inanspruchnahme von Leistungen der sozialen Mindestsicherung sank gegenüber 2006 in allen Bundesländern: Am stärksten war der Rückgang in Mecklenburg-Vorpommern – von 17,8 Prozent 2006 auf 13,7 Prozent 2011. Wie in den Vorjahren war die Quote zum Jahresende 2011 in Berlin am höchsten (18,9 Prozent) und in Bayern am niedrigsten (4,3 Prozent).

Stärkster Rückgang bei Hartz IV

Die Transferleistungen sind finanzielle Hilfen des Staates, die zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts dienen. Dazu zählen Arbeitslosengeld II (auch Hartz IV genannt), Hilfe zum Lebensunterhalt sowie Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (beides als Sozialhilfe bezeichnet), Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Leistungen der Kriegsopferfürsorge.

Die Empfängerzahlen der einzelnen Sozialleistungen entwickelten



Zeichnung: Stuttmann

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.veranstaltungen.cducusu.de

- 26. November 2012 Kongress Afghanistan
- 10. Dezember 2012 Kongress Weltbevölkerung
- 11. Dezember 2012 Vorweihnachtliche Feier im Tipi

sich in den vergangenen Jahren unterschiedlich. So ging die Anzahl der Hartz-IV-Empfänger – der größten Empfängergruppe – zum Jahresende im oben genannten Zeitraum um 16,0 Prozent auf rund 6,1 Millionen Personen zurück. Die Inanspruchnahme

der Sozialhilfe stieg im gleichen Zeitraum um 24,7 Prozent auf über 952.000 Personen an.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducusu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
Fraktion direkt
www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt